

EU-Afrika Papier – Teil: Flucht und Migration

Einleitung

Mit keinem anderen Partner in der Welt unterhält Afrika derart enge und vielfältige Beziehungen wie mit Europa. Nach wie vor ist Europa der wichtigste Partner bei Direktinvestitionen und Handel sowie der größte Geber von Entwicklungshilfe. Verschärfte Konkurrenz um den Zugang zu afrikanischen Märkten und Rohstoffen besteht mit China und anderen BRICS-Staaten. Afrika und die EU sind von strategischer Bedeutung füreinander und haben eine Vielzahl gemeinsamer Interessen. Diese reichen von der Bekämpfung des Klimawandels, über die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG), fairen Handel, die Bekämpfung sozialer Ungleichheit, Bedrohung durch Terrorismus bis hin zur Vorbeugung und Vermeidung kriegerischer Konflikte. Eine nachhaltige Entwicklungsstrategie in Afrika, welche die Lebenslagen der Menschen verbessert und ihnen eine sozial-ökonomische Perspektive eröffnet, ist auch im Interesse Europas. Die Gestaltung des Verhältnisses zwischen der EU und Afrika wird erhebliche Einflüsse auf Flucht- und Migrationsbewegungen haben.

Lage und Herausforderungen

Ende des Jahres 2018 waren weltweit 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Vor 10 Jahren waren es 37,5 Millionen Menschen. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. Oft wird in der öffentlichen Debatte der Eindruck erzeugt, dass die meisten Geflüchteten auf dem Weg nach Europa sind. Das stimmt nicht. Nur 16 Prozent aller Geflüchteten weltweit sind in Industrienationen untergebracht. Die Türkei, Pakistan, Libanon, Jordanien, Uganda und Sudan haben im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung weitaus mehr Geflüchtete aufgenommen. Rund 75% der afrikanischen Migrant*innen sind Binnenmigrant*innen (vgl. Bernau 2019: 103). Afrikanische Länder nehmen mehr Migrant*innen auf als Menschen aus dem gesamten Kontinent auswandern. Fakt ist: Die meisten afrikanischen Migranten suchen in anderen afrikanischen Ländern ihr Glück (Carlos Lopes 2015).

Doch Europas Anziehungskraft ist groß. Die Flüchtenden und Migrant*innen, die sich auf dem Weg nach Europa machen, riskieren ihr Leben. Die Außengrenzen der EU sind die tödlichsten der Welt. Alleine im Mittelmeer sind seit dem Jahr 2000 mehr als 35.000 Geflüchtete ertrunken. Im letzten Jahr 2019 ertranken 2277 im Mittelmeer. Viele sterben bereits vorher auf dem Weg durch die Sahara. Gelingt es ihnen in Libyen anzukommen, erwartete sie erneuter Schrecken. Der Bürgerkrieg in Libyen setzt sie zusätzlichen Gefahren an Leib und Leben aus. In den Lagern drohen ihnen Misshandlungen, Erpressungen, Folter und Vergewaltigungen. Schaffen sie es, sich den kriminellen Banden der Schlepper anzuvertrauen, setzen sie auf dem Weg über das Mittelmeer ihr Leben erneut auf 's Spiel. Die Geflüchteten, die es schaffen, Europa zu erreichen, bleiben oft schutz- und rechtslos, egal ob Kinder, unbegleitete Minderjährige, Frauen oder Männer. Die vor Kriegen, politischer Verfolgung, Not und Elend geflüchteten Menschen werden an den Außengrenzen der EU wie beispielsweise auf den griechischen Inseln unter würdelosen und inhumanen Umständen festgehalten.

In der EU wird eine Politik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung praktiziert. Die EU schottet ihre Grenzen ab, versperrt Schutzsuchenden sichere Fluchtwege, zwingt sie auf lebensgefährliche Routen. Die Politik der EU nimmt ihren Tod billigend in Kauf.

Das bitterarme Niger ist eines der wichtigsten Transitländer für Geflüchteten auf ihrem Weg von Afrika nach Europa. Das Drehkreuz der Migrationsrouten in West- und Zentralafrika ist die strukturschwache Region Agadez im Zentrum von Niger. Im Niger gibt es z.B. polizeiliche und militärische Kooperationen mit der Bundesregierung. Dies führt zu einer Militarisierung im Land, das schon mehrere Putsche in jüngster Zeit hinnehmen musste (vgl. Engelhardt 2017).

Was sind die Ursachen für die wachsende Zahl der Geflüchteten?

Ursachen für Flucht und Migration

Eine Analyse für die Misere Afrikas muss die langfristigen Entwicklungstrends afrikanischer Gesellschaften zur Kenntnis nehmen.

Die Ursachen für Flucht und Migration sind vielfältig und in den einzelnen Afrika-Staaten unterschiedlich (vgl. Bernau 2019: 37-40). Hauptursache für die wachsende Zahl der Geflüchteten sind Kriege und die in seinen Folgen auseinanderbrechenden Staaten wie Syrien, Irak, Libyen und Afghanistan. Weitere Gründe sind:

Wirtschaft

Armut, wachsende soziale Ungleichheit und fehlende sozial-ökonomische Perspektiven sind zentrale Ursachen für Flucht und Migration. So ist Zahl der Hungernden in der Welt von 2015 zu 2016 um 38 Millionen auf 815 Millionen gestiegen. Die weltweite Ungleichheit hat zugenommen: Im Jahre 2015 besaßen die reichsten 62 Milliardäre der Welt ein Vermögen wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Im Jahre 2016 waren es die 26 reichsten Milliardäre. Im Jahre 2012 konnten die 100 reichsten Milliardäre ihr Vermögen und ihre Einkommen um 240 Milliarden US-Dollar erhöhen. Ein Vermögen mit dem man innerhalb kürzester Zeit, den Hunger der Welt beseitigen könnte. 1 Milliarde Menschen müssen täglich mit einem Euro überleben. Ein Drittel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu Sanitäranlagen. 900 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Durch unzureichende Besteuerung großer Unternehmen entgehen den Ländern des globalen Südens jährlich 100 Milliarden US-Dollar. Doch nicht nur die weltweite Ungleichheit nimmt zu. Die Länder mit den größten und zunehmenden Ungleichheiten der Welt liegen in Afrika (vgl. Goldberg 2017: 105-113).

Afrika hat einen riesigen Investitionsbedarf. Unfairer Handel (EPAs) mit der EU trägt ebenfalls dazu bei, die Not in den Ländern des globalen Südens zu verstärken. Ungerechte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und den afrikanischen Staaten führen dazu, dass die afrikanischen Märkte für die einheimischen Produkte zerstört wurden. Das über Jahre subventionierte Hühner- und Schweinefleisch und die Getreideprodukte aus der EU haben den kleinen Landwirten in Afrika die Existenzgrundlage entzogen. Sie konnten ihre landwirtschaftlichen Güter nicht mehr verkaufen, da sie teurer waren als die der europäischen Konkurrenten. Ebenso hat zur Not beigetragen, dass die großen Fischtrawler in der Vergangenheit vor den Küsten West- und Ostafrikas den einheimischen Fischern keine Fische mehr ließen. Die sozial-ökonomische Schwäche Afrikas hat viel mit dem Erbe des Kolonialismus zu tun. Diesbezüglich muss Europa sich selbstkritisch mit seiner eigenen Geschichte in Bezug auf das Verhältnis zu Afrika auseinandersetzen.

Der Neokolonialismus hat jede Form der industriellen Verarbeitung von Rohstoffen verhindert. Afrika wurde zum bloßen Rohstofflieferanten. Das Austauschverhältnis zwischen Rohstoffen und industriell gefertigten Produkten hat sich ständig verschlechtert. In der Folge saß das Gros der afrikanischen Länder in der Schuldenfalle. Die Gesamtschulden hatten sich von 1970 bis zum Jahr 2000 vervielfacht. Das machte Strukturanpassungen beim IWF nötig.

Die in der Folge aufgezwungene neoliberale Agenda führte dazu, dass sich wohl einige makroökonomische Parameter verbesserten. Allerdings waren die sozialen Auswirkungen und volkswirtschaftlichen Langzeiteffekte verheerend. So führten die Kürzungen im Gesundheitssystem und im Bildungswesen zu negativen Auswirkungen für die Bevölkerung. Auch die Marktöffnungen hatten desaströse Konsequenzen. In Westafrika kam es zu flächendeckenden Deindustrialisierungen. Die schwachen Industriebetriebe waren der Konkurrenz nicht gewachsen. So gab es beispielsweise in Nigeria Mitte der 1980er Jahre 175 Textilfabriken, in 2010 waren es nur noch 25 (vgl. Bernau 2019:108). Eine neoliberale Wirtschaftspolitik wird an dem Grundproblem nichts ändern: So geht das Bevölkerungswachstum mit einem unzureichenden Wirtschaftswachstum einher, was zu einem Rückgang der Einkommen führt. Eine Investitionsoffensive in den Ausbau der zivilen Infrastrukturen ist geboten, um dieses Missverhältnis zu überwinden. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und können dazu beitragen, dass gut Ausgebildete nicht aus Afrika fliehen, weil sie keine adäquaten Arbeitsplätze finden, wie das beispielsweise in Kenia und Ghana der Fall ist.

Die ökonomische Marginalisierung Afrikas ist kein Zufall. Afrikas Anteil an der globalen Industrieproduktion beträgt heute weniger als ein Prozent (Bernau 2019: 109). Es gilt die globale Arbeitsteilung: Afrika sollte Rohstoffe liefern und industrielle Fertigprodukte abnehmen. Afrika braucht einen Strukturwandel zugunsten der verarbeitenden Industrie. Der Ausbau des Bildungswesens ist notwendig.

Verhältnisse im Herkunftsland

Die Migrationsforschung geht überwiegend davon aus, dass die Pushfaktoren – die Verhältnisse im Herkunftsland – stärker als Pullfaktoren – die Aussicht auf bessere Lebensverhältnisse im Zielland der Flucht – Flucht und Migration beeinflussen. Die Anhänger der Pullfaktoren-These befürworten dann eine Politik der Abschreckung (Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen u.a.), der Abschottung (Anwendung von militärischer und polizeilicher Gewalt gegen Geflüchtete an den Außengrenzen u.a.) und Abschiebung (Aushöhlung des individuellen Menschenrechts auf Asyl, Konzept der „sicheren Drittstaaten etc.).

Hauptursache für die wachsende Zahl der Geflüchteten sind Kriege und die in seinen Folgen auseinanderbrechenden Staaten wie Syrien, Irak, Libyen und Afghanistan. Kriege und Bürgerkriege im Land werden durch Rüstungsexporte weiter angeheizt und verstärken Fluchtbewegungen. Die Politik der USA des Regime-Changes und des Kampfes gegen den Terror, der bis zu 4 Billionen US-Dollar verschlang und 100.000 Tote in der Zivilbevölkerung zum Beispiel im Irak zur Folge hatte, ist eine der wesentlichen Ursachen für die vielfältigen internationalen Krisen. Es trifft nicht zu, dass die Misere Afrikas hausgemacht ist. Allerdings dürfen Korruption und schlechte Regierungsarbeit afrikanischer Eliten nicht ausgeblendet werden (vgl. Bernau 2019: 105 f.).

Korruption und schlechte Regierungsarbeit tragen zu den Problemen Afrikas bei. Schlechte Regierungsführung hat die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung Afrikas behindert. Dies ging Hand in Hand mit einer westlichen Politik, die nichts gegen schlechte Regierungspolitik einzuwenden hatte, solange es eigenen Interessen diente. Afrikas Misere wird durch beide Dimensionen verursacht. Afrikanische Staaten blieben auch nach der Unabhängigkeit repressive Kommandostaaten. Eine Partizipation durch die Bevölkerung gibt es überwiegend nicht. Korruption und Vetternwirtschaft nehmen zu und beschädigt die Demokratie.

Die Vorstellung, dass höhere Einkommen automatisch demokratische Haltungen nach sich ziehen, trifft nicht zu. Der Wohlstand der Mittelklassen hängt oft davon ab, dass sie sich opportun gegenüber der Regierungspartei verhalten. Dennoch: Je weniger die Menschen ums tägliche Überleben kämpfen, umso mehr können sie sich z.B. um das Gemeinwesen kümmern. Der Informationsstand der Bevölkerung ist besser geworden. Das Internet und Mobiltelefone sind relativ verbreitet.

Letztlich wird die Entscheidung für die Flucht von Kriegen, Krisen, Armut, Ungleichheit, Naturkatastrophen, Umwelt und Klimakatastrophen sowie mangelnder Demokratie beeinflusst. Auch weist die Migrationsforschung darauf hin, dass die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ärmsten zunächst zu einem Anstieg von Flucht und Migration führt (vgl. Bernau 2019). Es sind die Verhältnisse, die Menschen dazu zwingen, zu fliehen. Es ist immer auch ein persönlicher Entschluss, sein gewohntes Umfeld mit Freund*innen und Bekannten zu verlassen.

Im Zeitalter des weltweiten Netzes rückt die Welt zusammen, sie wird zunehmend zu einer realen Weltgesellschaft. Flüchtlinge nehmen für sich das Recht in Anspruch, ein freieres Leben zu führen so wie viele andere Menschen auf der Welt. Sie handeln nach dem Grundsatz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, nach dem alle Menschen frei und gleich an Rechten geboren sind.

Klimawandel

Eine weitere zentrale Ursache für Flucht und Migration ist der Klimawandel. Dieser ist nicht nur beängstigend und gefährlich, sondern auch ungerecht. Die Menschen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, sind am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Die fünfzig am wenigsten entwickelten Länder der Welt haben nur ein Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursacht. Die Länder des Globalen Südens werden verstärkt negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Dadurch droht eine deutliche Anhebung der Zahlen der Klimaflüchtlinge. Auch wenn die Zahlen der Vereinten Nationen, nach denen durch den Klimawandel die Zahl der Flüchtlinge auf 200 Millionen steigt, kritisch gesehen werden können, bleibt doch klar: Der Klimawandel ist eine wichtige Ursache für die Zunahme von Flucht.

Steuerpolitik

Den afrikanischen Staaten entgehen laut IWF jährlich durch Steuertricks transnationaler Unternehmen 175 Mrd. Euro (vgl. Bernau 2017: 37-40). Dieses Geld wird dringend für Investitionen in die Infrastruktur und den Strukturwandel hin zum Aufbau eigener industrieller Strukturen benötigt. Die Länder des globalen Südens verlieren jährlich etwa 100 Billionen US-Dollar durch Steuervermeidung und –hinterziehung. Das ist ein zentraler Grund für die globale soziale Ungleichheit. Es fehlt sowohl auf westlicher als auch afrikanischer Seite an dem politischen Willen dieses Problem anzugehen.

Beispiel Libyen

Eine friedliche Entwicklung in Libyen ist eine zentrale Voraussetzung, um die katastrophale Lebenslage der Geflüchteten zu verbessern. Die Bombardierung Libyens führte nicht nur zum Sturz des Diktators Gaddafi, sondern auch zum Zerfall des Staates. Mittlerweile droht Libyen in einem Bürgerkrieg zu versinken, in dem unterschiedliche Staaten involviert sind und einen Stellvertreterkrieg führen. Die Ergebnisse des Berliner Prozesses nähren die Hoffnung, dass die ausgehandelte Waffenruhe zu einem Waffenstillstand führt und dem Land eine friedliche Perspektive eröffnet. Auf der letzten Etappe der Flucht von Afrika nach Europa ist Libyen das Haupttransitland. Die EU verfolgt in ihrem Verhältnis zu Libyen und vielen anderen nordafrikanischen Staaten unter dem Deckmantel der Schlepperbekämpfung das Ziel, die Menschen auf ihrem Fluchtweg nach Europa zu stoppen. Damit rechtfertigt man auch die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache. Die Pushbacks, also das Abfangen und gewaltsame Zurückbringen von Flüchtlingsbooten nach Libyen durch die „Libysche Küstenwache“ – verletzen internationales Recht. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit mit ihr einzustellen.

Forderungen

Die Vereinten Nationen betonen, dass Migration Teil der Menschheitsgeschichte und eng mit nachhaltiger Entwicklung und Fortschritt verbunden ist. Diese Sichtweise ist in der augenblicklichen Flucht- und Migrationspolitik weitestgehend verschüttet. Es ist bislang nicht gelungen, die gestiegenen Herausforderungen von Flucht und Migration auf der Grundlage der Menschenrechte zu gestalten. Die Humanität ist im Umgang mit Flüchtlingen und Migrant*innen in einer tiefen Krise. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis der EU zu Afrika. Flucht und Migration sind globale Menschheitsfragen, die multilaterale Antworten benötigen, zu denen die EU ihren menschenrechtsfundierten Beitrag leisten muss.

Die EU ist mehr als ein Binnenmarkt. Sie ist eine Wertegemeinschaft. Demokratien beruhen auf den Menschenrechten. Nur eine menschenrechtsfundierte Flüchtlings- und Migrationspolitik, die auf die Solidarität der Menschen fokussiert, kann den Ausweg aus der Humanitätskrise ebnen. Die Fähigkeit zu Empathie, Mitmenschlichkeit, Solidarität macht uns erst zu Menschen. Das muss auch die Grundlage für die Flucht- und Migrationspolitik der EU im Verhältnis zu Afrika sein.

Gelingt es nicht in diesem Sinne der Menschenrechte zu denken und zu handeln, zerstören wir nicht nur das Leben vieler Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Not und Elend. Wir zerstören auch die

Grundlagen jedes demokratischen und friedliebenden Gemeinwesens. Die geflüchteten Menschen müssen so behandelt werden, dass dies den grundlegenden Werten entspricht, auf denen Europa begründet ist.

Die Angstmacher in der EU warnen vor einer angeblichen Überfremdung. Sie verbreiten das Narrativ, die Geflüchteten und Migrant*innen seien grundsätzlich eine Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben, weil sie als potenziell Kriminelle und Terroristen diffamiert werden. Nationalisten und Rassisten stellen Geflüchtete außerhalb des Gemeinwesens, die keinen Anspruch mehr auf Solidarität und Empathie haben. Sie werden enthumanisiert und objektiviert, ja neutralisiert. Sie sind bar jeder Individualität, sie stehen außerhalb des Rechts, sie sind rechtlos. Es entsteht somit ein Klima des Hasses und der Gewalt. Soziale Abstiegsängste werden auf Geflüchtete projiziert und nicht auf eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückgeführt. Dabei wird die Illusion genährt, der Rückzug in die Politik der nationalen Grenzen und der Abschottung würde alles zum Besseren wenden. Klar ist aber: Der Rückfall in nationalistische Denkkategorien wird neues Unrecht schaffen und letztlich scheitern. Ein solches Retrotopia als Gegenentwurf zu Utopia ist mit den Herausforderungen einer globalisierten Welt unvereinbar (vgl. Bauman 2016). Rassisten und Nationalisten fördern damit gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die nicht nur Zugewanderte und Geflüchtete bedrohen, sondern schon längst eine Gefahr für die Demokratie sind. Sie bedrohen Aktivist*innen und Politiker*innen und schrecken selbst vor Morden nicht zurück. Sie schaffen die Grundlage für die Zerstörung der EU. Die EU steht vor der Herausforderung, die Globalisierung, die zu einer universellen wechselseitigen Abhängigkeit führt, sozial, demokratisch und ökologisch zu gestalten. Wir leben in einer „kosmopolitischen Zeit“. Aber es fehlt ein kosmopolitisches Bewusstsein. Das gilt auch für das Thema Flucht und Migration.

Es ist davon auszugehen, dass Flüchtlinge und Migrant*innen sich weiter Einlass in die reicheren Regionen Europas verschaffen, da die Ursachen für Flucht und Migration nach wie vor existieren. Um die Auseinandersetzung um die geistige Vorherrschaft zum Thema Flucht und Migration zu gewinnen, ist ein anderes humanes Narrativ setzen: Migrant*innen und Geflüchtete können eine Bereicherung für unser Leben sein. Sozialdemokrat*innen streben eine moderne Gesellschaft an, in der sich Menschen unabhängig von nationaler und sozialer Herkunft, Hautfarbe, dem Glaube, Geschlecht, der sexuellen Orientierung als Gleiche frei entwickeln können. Grundlage für das menschliche Zusammenleben sind die Menschenrechte und unsere Utopie einer emanzipierten Gesellschaft, die allen Menschen auf dieser Welt ein gutes Leben ermöglichen will.

So heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen in Artikel 1: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“ (UN Generalversammlung: 1948).

Die EU versucht Abkommen mit afrikanischen Staaten zu schließen, die Flüchtlinge von der Flucht abhalten oder wenigsten zurücknehmen sollen. Im Gegenzug wird Geld versprochen. Verbreitet ist das Modell Geld gegen Flüchtlingsstopp. Aber dies funktioniert nicht. Denn die Staaten Afrikas erhalten viel Geld durch Überweisungen der Migrant*innen in ihr Herkunftsland. Überweisungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den afrikanischen Staaten. Die Migrant*innen tragen mit ihren Rücküberweisungen vom Zielland in ihr Herkunftsland zur sozial-ökonomischen Entwicklung ihres Landes bei. So wurden im Jahr 2017 21,9 Milliarden Dollar nach Nigeria und jeweils 2,2 Milliarden Dollar nach Ghana und Senegal geschickt.

Auch der sogenannte Marshall-Plan für Afrika ist kritisch zu bewerten. Er zeichnet sich durch den Versuch aus, die ökonomische Dominanz des Nordens und Westens zu festigen (vgl. Engelhardt 2017). Im Kern geht es der EU und den Mitgliedstaaten darum, die politischen Eliten zur Fluchtabwehr zu bewegen.

Im Vordergrund müssen die Forderungen stehen, Kriege zu beenden, Rüstungsexporte zu stoppen, die soziale Ungleichheit weltweit und in den Staaten Afrikas zu beseitigen, den Klimawandel zu bekämpfen sowie gutes Regierungshandeln in den afrikanischen Staaten zu stützen, das die Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit stärkt. Wir fordern die Beendigung der Externalisierung der EU-Außengrenzen durch Kooperationen mit Staaten wie Marokko, Rwanda, Tunesien, Niger und Mali. Das Menschenrecht auf Asyl ist ein individuelles Grundrecht, das umfassend geschützt werden muss. Weiter müssen illegale Pushbacks von Geflüchteten, das Sterben im Mittelmeer und die unmenschlichen Zustände für Geflüchtete und Migrant*innen vor und hinter den europäischen Grenzen beendet werden.

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten (bspw. Seenotrettung) dürfen nicht weiter kriminalisiert werden. Rettungsorganisationen und die anderen NGOs bekommen unsere volle Solidarität. Außerdem muss die Dublin-Verordnung dringend geändert bzw. ein fairer Verteilungsschlüssel zur Aufnahme der Geflüchteten/Migrant*innen etabliert werden. Besonders Deutschland muss auf europäischer Ebene die Verhandlungen zu einer „Koalition der Willigen“ vorantreiben. So sollte die deutsche Bundesregierung auch mit einigen wenigen anderen EU-Mitgliedstaaten Geflüchtete aufnehmen (bspw. Malta-Abkommen). Zusätzlich brauchen wir schnell eine zivile EU-Mission im zentralen Mittelmeer mit dem Mandat, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Denn Seenotrettung der NGOs kann kein Ersatz für eine gemeinsame europäische Rettungsmission der EU sein. Weiter müssen legale und sichere Fluchtwege geschaffen werden wie z.B. mit Hilfe humanitärer Visa. Wichtig ist außerdem zu erwähnen, dass Entwicklungspolitik nicht an Migrationspolitik geknüpft werden darf. Es dürfen keine unfairen Migrationspartnerschaften und Migrationsdeals abgeschlossen werden. Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ und „sicherer Drittstaaten“ ist abzulehnen, da es das Menschenrecht auf Asyl unterhöhlt. Ebenso ist es wichtig jene Staaten finanziell zu unterstützen, die bereit sind, die geflüchteten Menschen aufzunehmen. Daher braucht eine humane Flüchtlingspolitik auch einen humanitären Investitionsfonds auf EU-Ebene.

Die EU-Außenpolitik zu Afrika ist von innenpolitischen Entwicklungen abhängig. Eine menschenrechtsfundierte Flüchtlingspolitik der EU im Verhältnis zu Afrika hängt gesellschaftspolitisch von der Aufnahmebereitschaft der Mitgliedstaaten ab. Dazu müssen die EU-Staaten zu einer solidarischen Zusammenarbeit kommen, die insbesondere einen fairen Verteilungsschlüssel zur Aufnahme der Flüchtlinge/Migrant*innen beinhaltet. Dies kann nicht einzelnen Mitgliedstaaten überlassen bleiben, wie dies die bisherige Dublin-Regelung vorsieht, nach der die Geflüchteten in den Erstankunftsstaaten verbleiben und hier die rechtlichen Prozesse eines Asylverfahrens durchlaufen müssen. Inklusion, Partizipation und Integration bedürfen einer vorausschauenden Politik in den Bereichen der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Wohnungsbaupolitik, des Gesundheitswesens etc., die letztlich in den Kommunen und Regionen zu bewältigen sind. Solche Prozesse müssen die Lebenslagen sowohl der Zugewanderten als auch der einheimischen Bevölkerung verbessern. Daher braucht eine humane Flüchtlingspolitik auch einen humanitären Investitionsfonds. Die Durchsetzung einer solchen humanitären Strategie braucht Bündnispartner im und außerhalb der Parlamente.

Bündnispartner

Die Durchsetzung einer solchen humanitären Strategie braucht Bündnispartner wie die Grünen, GUE, Renew, aufgeklärten Teile der EPP-Fraktion sowie NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen in Afrika. In der letzten Wahlperiode gelang es, eine gute Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aufzubauen. Einen besonderen Stellenwert hatte dabei die Zusammenarbeit mit den privaten Seenotrettungsorganisationen.

Literatur:

- Bauman, Zygmunt (2016): Eine tief greifende Angst, dass das Überleben der Gesellschaft bedroht ist, in: *Spiegel*, Ausgabe 36/2016.
- Bernau, Olaf (2017): Anlageplatz Afrika: Das Ende der Entwicklungshilfe, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Ausgabe 09/2017, S. 37-40.
- Bernau, Olaf (2019): Westafrika: Fluchtursachen bekämpfen – aber richtig!, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Ausgabe 04/2019, S. 103-109.
- Engelhardt, Marc (2017): Die Flüchtlingsrevolution oder: die Wiederkehr des Politischen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Ausgabe 04/2017.
- Goldberg, Jörg (2017): Auf Sand gebaut: Afrikas vergebene Boom-Jahre, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Ausgabe 01/2017, S. 105-113.
- Lopes, Carlos (2015): Migration ist Teil der Menschheitsgeschichte, in: *Deutsche Welle*, online unter URL: <https://www.dw.com/de/gastkommentar-migration-ist-teil-der-menschheitsgeschichte/a-18690539/> [Abruf: 30.01.2020].
- UN General Versammlung (1948): *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Vereinte Nationen, 217 A (III), Paris.